

FLZ Nr. 2-2024
Jahrgang 45
April 2024

FLZ



ZEITUNG FÜR KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN IM SOZIAL- ERZIEHUNGS- UND BILDUNGSBEREICH

GESAMTPERSONALRATSWAHLEN AM 14./15. MAI 2024



Unsere Kandidaten für den GPRS
beim Staatlichen Schulamt Frankfurt:

AKTIV · KONSEQUENT · DEMOKRATISCH



Melanie Bauer
Sozialpädagogische Fachkraft
Kinderzentrum Im Hain
(KiZ 134)



Elisabete Pinto Lourenco
Sozialpädagogische Fachkraft
Kinderzentrum Am Ulmenrück
(KiZ 137)

Eigenbetrieb Kita Frankfurt:

**Offen und respektvoll
anregend!**

Erkennbar umsetzen!

**Mit der GEW –
offene Liste**



Christiane Colonius,
Sozialpädagogische Fachkraft
Kinderzentrum Gustav-Freytag-
Straße, (KiZ 76)



Sebastian Pohlenk
Leitung
Kinderzentrum Feuerwehrstraße
(KiZ 26)



Vesna Di Trapani
Leitung
Kinderzentrum Im Hain
(KiZ 134))



Benedikt Heddeshaimer
Sozialpädagogische Fachkraft
Kinderzentrum Marburger Straße
(KiZ 20)



Nathalie Goldstain
Sozialpädagogische Fachkraft
Kinderzentrum an den Röthen
(KiZ 35)



Michel Hennefarth
Stellvertretende Leitung
Kinderzentrum Marburger Straße
(KiZ 20)

Was macht eigentlich die GEW im Gesamtpersonalrat?

Zeit für starke Personalräte –

Am 14./15. Mai 2024 sind wieder Personalratswahlen. Bei den letzten Wahlen 2021 war die Wahlbeteiligung historisch niedrig – was natürlich vor allem am Teil-Lockdown an den Schulen lag. Diesmal ist es anders und eine hohe Wahlbeteiligung wäre ein deutliches Signal in Richtung Wiesbaden, dass die Kollegien eine starke Vertretung ihrer Interessen wünschen und die Arbeit der Personalräte auch auf diese Weise unterstützen!

Effektiv wird Personalvertretung besonders dann, wenn Gewerkschaften und Personalräte gemeinsam an Themen, die die Beschäftigten betreffen, arbeiten. Dies ist nicht nur erlaubt, sondern explizit im Hessischen Personalvertretungsgesetz geregelt. Dies geht vom Aushängen gewerkschaftlicher Aufrufe bis zum gemeinsamen Bearbeiten von Themen an unterschiedlichen Orten. Gerade hier kommt den angebotenen Treffen und Schulungen von Personalräten eine besondere Bedeutung zu.

Hierbei kann man vor allem mittel- und langfristig Erfolge erzielen, wie die Beispiele der Entwicklung der Sommerferienbezahlung für befristete Beschäftigte, auch das Durchsetzen der A13-Bezahlung für Beamt*innen bzw. E13 für Angestellte und die Entwicklung der Entgeltordnung zeigen. An allem wurde von Personalräten und GEW schon über eine lange Zeit gearbeitet. Und in dieser Wahlperiode wurden entscheidende Schritte gemacht. Und doch – auch jetzt kann und muss noch weiter daran gearbeitet werden. Personalräte und Gewerkschaften müssen auf die korrekte Umsetzung achten und an verschiedenen Stellen auf Nachbesserungen drängen.

GEW wählen !

ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ, ARBEITSSCHUTZ-AUSSCHUSS

Vier mal im Jahr tagt der Arbeitsschutzausschuss, in welchem Stadtschulamt, Amt für Bau und Immobilien, Staatliches Schulamt, Medical Airport Service (unser Betriebsarzt und Betriebssicherheitsanbieter) sowie das Gesundheitsamt, die Schwerbehindertenvertretung und der Gesamtpersonalrat die Schulen diskutieren, in denen gesundheitsgefährdende Zustände herrschen.

Es wird versucht, trotz des aktuellen Sanierungsstaus schnellere Lösungen für besonders betroffene Schulen zu finden, Kommunikationswege zu verkürzen und zu vereinfachen, oder die Durchführung von Messungen und Untersuchungen zu verabreden, um Ursachen schneller auf den Grund zu kommen. Auch die in Frankfurt alle fünf Jahre vorgeschriebene Erhebung der psychischen Gefährdungsfaktoren ist hier immer wieder Thema, ebenso neue Vorschriften und Maßnahmen, die den Schulen dann über den Gesamtpersonalrat Schule an die Personalräte mitgeteilt werden. Ebenso informieren wir über die auf unsere Initiative eingerichteten betriebsärztlichen Sprechstunden des MAS im Staatlichen Schulamt und nehmen Beschwerden von Schulen auf, die lärm- hitze- hygiene- und sanierungsstaugeplagt sind oder andere Mängel nicht ohne die Unterstüt-

zung des Arbeitsschutzausschusses behoben bekommen.

2020 hat der Gesamtpersonalrat Schule dazu eine Dienstvereinbarung abgeschlossen, die die regelmäßige Ermittlung von Gesundheitsgefährdungen an jeder Frankfurter Schule regelt, ebenso die umfassende Informationspflicht gegenüber den Beschäftigten, die Möglichkeit, dass die Erhebung der gesundheitlichen Gefährdungen auch auf Verlangen der Beschäftigten (!) und bei akuten Vorkommnissen umgehend geschehen muss, und darüber hinaus die Verpflichtung des Schulamtes, Schulleitungen regelmäßig (alle drei Jahre) über die in dieser Dienstvereinbarung genannten Inhalte und Arbeitsschutzangebote zu informieren. Die Dienstvereinbarung findet sich im Bereich des Gesamtpersonalrat auf der Homepage des Staatlichen Schulamtes Frankfurt am Main sowie unter www.gew-frankfurt.de. Schulen, die unter Gesundheitsgefährdungen leiden, können sich mit einem kurzen Bericht an GPRS.SSA.Frankfurt@kultus.hessen.de wenden.

Die im Arbeitsschutzausschuss vertretenen Mitglieder des Gesamtpersonalrats Meike Bär, Heide Krodell-Johne und Laura Preusker sind in ständigem Austausch mit den Kolleginnen, die regelmäßig am Ausschuss für Bildung und Schulbau teilnehmen (Christina Avellini, Diane Fehrensen, Ingeborg Ulrich), einem Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung, in dem die Bildungsdezernentin Fragen zur aktuellen Lage an einzelnen oder mehreren Schulen beantwortet.

MEHRRARBEIT, ÜBERSTUNDEN UND MEHR ARBEIT

Mehrarbeit und Überstunden sind unsere Dauerthemen. Wir beantworten zahllose individuelle Anfragen von Personalräten und Beschäftigten zu diesem Thema. Und hier zeigt sich auch einmal wieder, was nicht nur die Arbeitszeiterhebung der Uni Marburg und der GEW Frankfurt 2020 deutlich belegt hat: die KollegInnen und die Kollegien sind überlastet.

2023 wurde das hessische Personalvertretungsgesetz erneuert. Dabei ist neu im § 78 des HPVG aufgenommen, dass der Personalrat *beteiligt wird bei Anordnung von Mehrarbeit und Überstunden*.

Das bedeutet mindestens ein *Informations- und Mitwirkungsrecht bei geplanten Überstunden* (beispielsweise die zusätzliche Übernahme eines Kurses/einer Klasse für

eine längere Zeit). Außerdem gibt es ein *Informationsrecht und Mitwirkungsrecht* bei der „spontan“ *angeordneten Mehrarbeit* nach § 61 HBG („Vertretungsstunden“), die im Umfang von drei Unterrichtsstunden monatlich unentgeltlich geleistet werden müssen, sofern zwingende dienstliche Verhältnisse es erfordern. Bei den planbaren Überstunden ist das sicher einfach, da dies ja nicht von einem auf den anderen Tag geschieht; bei der „akuten“ Vertretungsunterricht-Mehrarbeit müssen die Personalräte mit den Schulleitungen – durch Absprachen und Vereinbarungen – gangbare Wege der Beteiligung finden. So steht es in der Kommentierung des Hessischen Personalvertretungsgesetzes. Hierzu gehört natürlich auch, über die dann in diesem Rahmen angeordneten Mehrarbeitsstunden informiert zu werden, um die Gleichbehandlung und die Einhaltung der Vereinbarung überprüfen zu können.

Überstunden müssen durch Zeit im nächsten Schul(halb)jahr ausgeglichen werden, *Mehrarbeit* kann durch Zeit ausgeglichen oder vergütet werden – wichtig für die KollegInnen ist auch zu wissen, dass *Mehrarbeit schriftlich angeordnet sein muss*, damit sie vergütet werden kann. Hierüber informieren wir die Personalräte in regelmäßigen Abständen.

Auch die *Mehrarbeit von TeilzeitkollegInnen* wird immer wieder intensiv verhandelt, da diese – auch hier sprechen die Studien eine eindeutige Sprache – in Relation zu den VollzeitkollegInnen noch einmal deutlich höher ist. Hier finden sich unter anderem in der Teilzeit-Dienstvereinbarung zwischen Gesamtpersonalrat Schule und Staatlichem Schulamt von 2023 Regelungen und Vorschläge, wie dem zu begegnen ist. Auch diese Dienstvereinbarung befindet sich auf der Homepage des Staatlichen Schulamtes im Bereich Gesamtpersonalrat Schule sowie auf www.gew-frankfurt.de.

Mit Hauptpersonalrat und Amt stehen wir in ständigem Austausch zum leidigen Thema „mehr Arbeit“, also all denjenigen administrativen, organisatorischen und pädagogischen Aufgaben, die nicht Unterrichtsstunden sind und demnach schwerer fass- und ausgleichbar. Diese „mehr Arbeit“ hat sich in den letzten Jahren zu einer hohen Belastung ausgeweitet, und wir verhandeln über viele Facetten der möglichen Erleichterung: von der Anerkennung von „mehr Arbeit“ als Mehrarbeit über Zeiterfassungsmöglichkeiten/Sichtbarmachung bis hin zu fairer Bilanzierung - der Fokus liegt

UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE

ANGESTELLTEN

IM GESAMTPERSONALRAT



Klaus Schiller Andrea Peters Susanne Hüttig Enis Gülegen Felix Pressel Bine Friedrich Deborah Kohlsdorfer

DAFÜR SETZEN WIR UNS IM BEREICH DER ANGESTELLTEN EIN:

- Weniger befristete Stellen
- Korrekte Umsetzung der Entgeltordnung
- Anerkennung/ Gleichstellung von Ausbildungen/ Studienabschlüssen aus EU- und Nicht-EU-Ländern
- Zeitnahe Bearbeitung von Anliegen der Kolleg*innen

WIR ORGANISIEREN:

REGELMÄßIGE TREFFEN ZUM AUSTAUSCH UND ZUR BERATUNG DER ANGESTELLTEN IM BEREICH DES STAATLICHEN SCHULAMTES FRANKFURT.

WIR RÜCKEN DIE ANGESTELLTEN IN DEN FOKUS!



nämlich bisher wenig auf dem, was an „mehr Arbeit“ hinzugekommen ist und einfach als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

Auch das *Mehr an Arbeit*, was auf die *Schulleitungen und Schulleitungsteams* zugekommen ist, ist eines unserer Beschäftigungsfelder - wir haben bemerkt, dass viel von dem, was aufgrund des schieren Umfangs einfach nicht mehr bewältigt werden kann, nach „unten“ weiterverlagert wird. Das führt zu höheren Belastungen in Kollegien und dazu, dass Beförderungsstellen unserer Wahrnehmung nach zunehmend schulleitungsunterstützend und weniger rein pädagogisch ausgeschrieben werden. Auch hier arbeiten wir an Strategien und Forderungen, die das Arbeiten für Schulleitungsmitglieder wieder bewältigbar macht und damit auch die Belastungen in den Kollegien vermindert.

DIENSTVEREINBARUNG TEILZEIT

Der Gesamtpersonalrat Schule und das Staatliche Schulamt Frankfurt haben zum Thema Teilzeit eine neue Dienstvereinbarung getroffen. Die Lektüre ist (nicht nur) für Teilzeitkräfte höchst interessant. Die neue Dienstvereinbarung wurde über das Staatliche Schulamt Frankfurt an die Schulleitungen versendet und (hoffentlich) an alle Lehrkräfte weitergeleitet. Die Dienstvereinbarung Teilzeit findet man aber auch auf der Homepage des Staatlichen Schulamtes im Gesamtpersonalrat Schule – Bereich oder unter www.gew-fankfurt.de.

Die wichtigsten Neuerungen sind:

- ▶ Erweiterung der Personengruppen, die als Teilzeitbeschäftigte gelten
- ▶ Erweiterung der teilbaren Dienstpflichten
- ▶ Verpflichtung der Schulleitung zu frühzeitigen Gesprächen über den Ausgleich planbarer Mehrarbeit (z. B. Klassenfahrten)
- ▶ Verweis auf die Teilbarkeit von Beförderungs- und Funktionsstellen.

Die Umsetzung dieser neuen Dienstvereinbarung ist nun eine Herkulesaufgabe und wird hoffentlich in tragfähige Teilzeitkonzepte münden. Praktischer Hinweis zum Schluss: Die Formulare, um die Bezahlung von Mehrarbeit; z. B. durch die Teilnahme einer Teilzeitkraft an einer Klassenfahrt zu beantragen, find-

en sich bald auf der Homepage des Staatlichen Schulamts Frankfurt. Der Gesamtpersonalrat hat sie vor einiger Zeit auch noch einmal an alle Schulpersonalräte versendet.

ABORDNUNGEN VON GYMNASIALLEHRKRÄFTEN AN GRUNDSCHULEN

Diese Form der Abordnungen sollte dem großen Grundschullehrkräftemangel in Frankfurt entgegenwirken. Hierzu können sich Gymnasiallehrkräfte mit einem Vorrangmerkmal auf die Rangliste setzen lassen und sich damit für vier Jahre verpflichten, sich mit etwa der Hälfte der Stunden an eine Grundschule abordnen zu lassen. Kein anderer Schulamtsbezirk musste so häufig auf diese Form der Abordnung zurückgreifen wie Frankfurt – hier ist die Lage an den Grundschulen um ein Vielfaches desolater als anderswo.

Der Gesamtpersonalrat Schule hat sich hier intensiv für Regelungen und Klärungen für diese besonders belasteten Beschäftigten – die Abgeordneten und deren MentorInnen – eingesetzt. Die Belastungen sind für die abgeordneten Lehrkräfte besonders hoch, da sie zwei Schulen und Schulformen koordinieren müssen, aber auch für die Kollegien der Grundschulen, die diese anders ausgebildeten Kräfte einarbeiten und sich um sie kümmern.

Zuerst wurde mit dem Staatlichem Schulamt vereinbart, dass niemand mit mehr als der Hälfte seiner Pflichtstunden an eine Grundschule abgeordnet werden darf, ohne dem ausdrücklich zuzustimmen. Dies könnte erhebliche Nachteile für die betroffene Lehrkraft haben.

Aber es kamen noch weitere Schwierigkeiten hinzu. Nach erheblichen Anlaufschwierigkeiten und vielen Beschwerden konnten wir erwirken, dass sich alle Verantwortlichen mit betroffenen Lehrkräften getroffen haben, um über die aktuellen Probleme zu sprechen. Das betraf schwierige Absprachen zwischen den Schulen, die Frage des Vorrangs bei sich überschneidenden Veranstaltungen, Doppelbelastungen bei Konferenzen, den Einsatz in Projekten, die Einarbeitung der KollegInnen, bis hin zu Wegezeiten, Klassenfahrten und vieles mehr. ▶▶

1 Vgl. Dirk Kretschmer: Dienstliche E-Mail-Adressen? Endlich – aber nicht so! In: FLZ 3/20, S. 9.

Kompetenz und Kontinuität – Frauen aus Frankfurt für den HPRS

Für die bevorstehende Personalratswahl am 14. und 15. Mai 2024 stehen erneut Bettina Happ-Rohé und Melanie Hartert für den Hauptpersonalrat als Kandidatinnen bereit. Mit Judith Werner ist eine weitere Frankfurter Kandidatin auf einem der vorderen Listenplätze. Und mit Angela Schönfelder haben wir eine vierte Kandidatin aus dem Bezirksverband Frankfurt auf der Liste. Somit ist Frankfurt erneut gut für die Arbeit im HPRS aufgestellt!



Bettina Happ-Rohé

Bettina Happ-Rohé ist seit 2012 Mitglied des HPRS und vertritt die Interessen der Beschäftigten an Berufsbildenden Schulen; sie ist Lehrerin an der Klingerschule im Nordend und unterrichtet vorwiegend im Beruflichen Gymnasium. Für den Bezirksverband ist sie derzeit im Referat Umwelt- und Arbeitsschutz tätig.

chronisch unterfinanzierte Bildungssystem nicht mehr funktionieren. Eine der wichtigsten Aufgaben der gewählten Vertreterinnen ist deshalb das aktive Anstoßen von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen an den Schulen.

Ob beispielsweise in Fragen der Arbeitszeit, der personellen oder sächlichen Ausstattung der Bildungseinrichtungen in Hessen oder einer gelingenden Arbeit in multiprofessionellen Teams – gute Bildung braucht entsprechende Ressourcen.

Melanie Hartert ist Gymnasiallehrerin an der Helene Lange Schule in Höchst und für den Bezirksverband als Geschäftsführerin im Team tätig. Sie engagiert sich außerdem in der Landesfachgruppe Gymnasien und ist seit 2021 Mitglied des HPRS.

Um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken, dürfen Begrifflichkeiten wie „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ oder „work life balance“ nicht zur Worthülse verkommen.

Der Dienstherr steht in der Pflicht, den Arbeitsplatz Schule so zu gestalten, dass Lehrkräfte nicht ausbrennen!

Judith Werner aus der Ernst Reuter-Gesamtschule ist Teil des Teams der Rechtsberatung im Bezirk und unterstützt Frankfurter Kolleg:innen in allen Fragen des Arbeitsrechts.

Angela Schönfelder arbeitet seit kurzem an der Carlo-Mierendorff-Schule in Preungesheim.

Dafür setzen sich die Vertreterinnen aus Frankfurt auch weiterhin mit allem Engagement ein!

Mit den vielfältigen Erfahrungen aus personalrätlicher Tätigkeit sowie den Aufgaben im GEW-Betriebsrat Frankfurt können die Interessen der Beschäftigten an Frankfurter Schulen sachgerecht und versiert vertreten werden.

Die weiteren zusätzlichen Belastungen, die sich seit der Coronapandemie verfestigt haben, fordern die Lehrkräfte und sozialpädagogischen Fachkräfte täglich heraus. Ohne das Engagement aller Beschäftigten könnte das



Melanie Hartert



Judith Werner



Angela Schönfelder



JEDE KANN FÜR STARKE PERSONALRÄTE SORGEN - GEW WÄHLEN!



UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE GRUNDSCHULEN IM GESAMTPERSONALRAT



Lea Brückner

Felix Pressel

Laura Preusker

Dominique Akoury

DAFÜR KÄMPFEN WIR:

- A13 für Grundschullehrkräfte schneller umsetzen!
- Bessere Arbeitsbedingungen, damit eine volle Stelle im Ganzttag wieder leistbar wird!
- Entlastung der Klassenlehrkräfte durch Deputate!
- Längst überfällige Sanierung und notwendige (digitale) Ausstattung von Schulgebäuden!
- Bessere Bedingungen und notwendige Ressourcen in der Inklusiven Beschulung!
- Gute Personalratsarbeit endlich angemessen entlasten!

UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE HAUPT- UND REALSCHULEN IM GESAMTPERSONALRAT



Diane Fehrensen

Klaus Schiller

Katja Weber

DAFÜR SETZEN WIR UNS EIN:

- Inklusion mit den notwendigen Ressourcen
- Adäquate Umsetzung der gesetzlichen Regelungen für Arbeits- und Gesundheitsschutz, insbesondere Beschleunigung von Sanierung und Neubau
- Reduzierung der Pflichtstundenzahl
- Kleinere Klassen
- Bessere Ausstattung, zusätzliche, sozialpädagogische Betreuung und mehr Unterricht in den Intensivklassen

WIR ORGANISIEREN:

Kollegiale Beratungen und den Austausch über Problemfelder an Haupt-, Real- und Verbundenen Schulen

WIR VERTRETEN:

Kolleginnen und Kollegen bei Abordnungen und Versetzungen

UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE SONDERPÄDAGOGIK IM GESAMTPERSONALRAT



Deborah Kohlsdorfer

Nancy Heptner

Andrea Peters

Henri Zorho

Bine Friedrich

Till Beutler

Sebastian Guttmann

WIR SETZEN UNS EIN FÜR:

- Eine deutlich bessere Ausstattung in den Schulen
- Eine Orientierung an den Bedürfnissen der Schüler*innen
- Die Kontinuität der pädagogischen Arbeit und die Weiterentwicklung sinnvoller Arbeitsstrukturen
- Verbesserte Versorgung mit Lehrkräften und Sozialpädagogischen Fachkräften in allen Bereichen der Sonderpädagogischen Förderung!
- Mehr Unterstützung für multiprofessionell arbeitende Teams (beispielsweise durch Kooperationsstunden)

WIR ORGANISIEREN

REGELMÄßIGE TREFFEN ZUM AUSTAUSCH UND ZUR BERATUNG DER ÖRTLICHEN FÖRDERSCHULPERSONALRÄTE ZUR BEARBEITUNG DIESER PROBLEMFELDER AN DEN SCHULEN.



► Was macht eigentlich die GEW...

Diese Treffen und eine anschließende AG mit unserer Teilnahme führten schließlich zu einer *Handreichung Gym an G*, die die Rechte dieser Beschäftigten jetzt klarer darstellt und Abläufe und Verfahren besser regelt. Außerdem haben wir die Personalräte über ihre jeweiligen Mitbestimmungsrechte auf dem Laufenden gehalten.

PERSONALRÄTE STÄRKEN: SCHULEN UND INFORMIEREN

Wir sind in engem Austausch mit den Personalräten Frankfurts. Sehr regelmäßig informieren wir via *Gesamtpersonalrats-Rundmail* alle Personalräte über neue Entwicklungen, über rechtliche Grundlagen und Regelungen, darüber, was wir inhaltlich mit dem Schulamt verhandeln, und geben alten und neuen Personalräten Tipps und Hinweise, wie bestimmte Fragen in den Schulen angegangen werden könnten. Unser Tagesgeschäft ist es, mit Personalräten, die individuell Unterstützung an ihren Schulen brauchen, zu sprechen und sie zu begleiten und zu stärken.

Mehrmals im Jahr bieten wir *Schulungen für Personalräte* zu aktuellen oder grundlegenden Themen an; an diesen Schulungen nehmen regelmäßig bis zu 100 Personalräte teil. Für uns ist das nicht nur wichtig, um Rechtsgrundlagen und Handlungsoptionen zu vermitteln, sondern vor allem auch, um mit den Personalräten in persönlichem Austausch zu sein und zu erfahren, wo den Kollegien der Schuh drückt und welche Themen in den Schulen gerade aktuell sind.

Für die meisten Schulformen organisieren engagierte GesamtpersonalrätInnen *Austauschforen und -möglichkeiten*, zum Beispiel gibt es viele schulformbezogene *Personalräte-AGs*, in denen sich die Personalräte jenseits großer Schulungen zu allen großen und kleinen Anliegen, die ihnen gerade auf den Nägeln brennen, austauschen können.

ZEIT FÜR MEHR PERSONALRATS-ENTLASTUNG: JEDER KANN ETWAS DAFÜR TUN!

Seit Jahren fordern Personalräte an Schulen mehr Zeit, um sich für ihre KollegInnen einsetzen zu können. Die GEW und die GEW-Fraktion im Hauptpersonalrat Schule trugen diese Forderung kontinuierlich an das Hessische Kultusministerium heran.

Das Kultusministerium hat jetzt einen neuen Verordnungsentwurf vorgelegt, der keinerlei Verbesserun-

gen für die Freistellung von örtlichen Personalräten enthält. Er soll zur neuen Amtsperiode der Personalräte im Juni 2024 in Kraft treten. Deshalb wurde von der GEW eine Petition zum Stopp des Entwurfes gestartet und eine angemessene Entlastung der Personalräte gefordert.

Diese Verbesserungen wären ein erster Schritt zur angemessenen Entlastung der örtlichen Personalräte

► Die Pflichtstundenzahl für Mitglieder der Schulpersonalräte und der Personalräte an Studienseminaren soll grundsätzlich auf zwei Wochenstunden angehoben werden!

► Jeder Personalrat soll darüber hinaus unabhängig von seiner Größe ein Stundendeputat von zwei Wochenstunden für den Vorsitz erhalten!

► Besteht der Personalrat aus drei und mehr Mitgliedern, so soll das Stundendeputat um je eine Stunde für den stellvertretenden Vorsitz und die Schriftführertätigkeit erhöht werden!

► Die gewährte Grundfreistellung pro Mitglied des örtlichen Personalrats darf nicht gekürzt werden.

Unter folgendem Link findet ihr die Petition: <https://www.openpetition.de/petition/online/es-ist-zeit-arbeit-hessischer-personalraete-endlich-angemessen-entlasten>

SITUATION AN FÖRDER-SCHULEN UND DER INKLUSIVEN BESCHULUNG

Zu wenig gut qualifiziertes Personal; zu kleine, zu wenig, zu marode Räume; durch diese Faktoren bedingt immer mehr Schüler und Schülerinnen mit herausforderndem Verhalten, das auch zunehmend körperliche Übergriffe bereit hält, so sieht es an Frankfurts Förderschulen aus. Dies sind aber auch die Faktoren, die die Umsetzung der inklusiven Beschulung erschweren.

Im Bereich der Förderschulen haben sich die Personalräte der Mosaik-, Panorama- und Viktor-Frankl-Schule zusammengetan und gemeinsam mit Nachdruck auf die bestehenden Probleme hingewiesen. So braucht die Viktor-Frankl-Schule dringend einen Neubau, da das alte Gebäude marode ist, und auch die anderen beiden Schulen haben keine räumlichen Kapazitäten mehr, um zusätzliche SchülerInnen mit dem Förderschwerpunkt Geistige Entwicklung aufnehmen zu können. Es müssen also neue Plätze für diese SchülerInnen geschaffen werden. Und egal, ob dies in der inklusiven Beschulung, in Kooperationsklassen oder an Förderschulen geschieht, braucht es dafür ein langfristig

Goethe-Universität Frankfurt:

**Für eine Universität, an der wir
gerne und gut arbeiten**

angelegtes Konzept und keine Notfallplanung von Jahr zu Jahr.

Auch an den Förderschulen mit den anderen Förderschwerpunkten bestehen diese bzw. ähnliche Problematiken. Es braucht dringend kleinere Klassen, ausreichend ausgebildetes Personal und zusätzliche Unterstützungsmaßnahmen, wie beispielsweise Unterstützende und Unterrichtsbegleitende SozialpädagogInnen (UBUS-Kräfte), die es bisher an Förderschulen nicht gibt.

Und auch bei der aktuellen Umsetzung der Inklusiven Beschulung lässt sich feststellen: Zu wenige Stellen, zu wenig Förderschullehrkräfte, um diese zu besetzen, sowie die mangelhafte räumliche Situation. Gelingende Inklusive Beschulung lässt sich so nicht erreichen. Da hilft es auch wenig, zu versuchen, durch Umstrukturierungen Verbesserungen erreichen zu wollen. (Die letzte ist schon etwas her: die Einrichtung der inklusiven Schulbündnisse) Diese können in keiner Weise die beschriebenen Mängel ausgleichen. Deshalb bleibt es dabei: Gelingende Inklusion braucht kleine Klassensysteme, kontinuierlich arbeitende Multiprofessionelle Teams, genügend Stunden für jede SchülerIn mit Anspruch auf sonderpädagogische Förderung und nicht zuletzt auch genügend ausgebildete Lehrkräfte, vor allem auch im Bereich der Sonderpädagogik.

A13 FÜR GRUNDSCHULLEHRKRÄFTE

Seit 2014 ging die GEW Hessen den Kampf für A13 für Grundschullehrkräfte wieder aktiv an, was auch damit zu tun hat, dass kurz davor die Entscheidung über die Zuordnung der Besoldungsgruppen wieder in die Kompetenz der Bundesländer zurückging. Von da an fanden mindestens einmal im Jahr am 13. November Aktionen und Demonstrationen statt, um das Thema voranzubringen. Dabei wechselten die Orte – mal vor dem Staatlichen Schulamt, dann vor den Zentralen der Regierungsparteien oder auch vor dem Kultus- und Innenministerium. Ein Höhepunkt war die Demonstration 2022 in Frankfurt, an der über 2000 Kolleg*innen teilgenommen haben, was dann schließlich zum Einlenken der Landesregierung führte: Anfang 2023 wurde die Einführung von A13 für verbeamtete Grundschullehrkräfte verkündet, für den Bereich der Angestellten wurde im Juli die parallele Angleichung im Tarifvertrag verhandelt und unterschrieben.

Über den ganzen Zeitraum zeigte sich die GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat solidarisch – Teilnahme an Kundgebungen und De-

Die Goethe-Universität Frankfurt ist seit ihrer Umwandlung in eine Stiftungsuniversität 2010 teilprivatisiert und übt eine eigenständige Dienstherrschaft aus. Diese bringt mit sich, dass sie eigene Verhandlungen über einen Haustarifvertrag mit der GEW und ver.di führt und eigenständige Arbeitgeberin ist. Sie hat also eine noch autonomere Stellung als die hessischen Hochschulen ohnehin schon haben. Autonomie und Selbstverwaltung sind hohe Güter und würden bei einer gelebten innerbetrieblichen Demokratie und Mitbestimmung die positive Entwicklung der Hochschule unterstützen sowie zum Schutz der Freiheit von Forschung und Lehre beitragen. Die gelebte Autonomie der Goethe-Universität führt jedoch zu einer individualisierten Verantwortungslosigkeit. Durch die dezentralen Globalhaushalte wird Mangelverwaltung und Verantwortung weitergegeben und Kolleg*innen werden tendenziell gegeneinandergestellt. Beispielhaft steht hierfür die Abwälzung des Risikos zur Finanzierung der eigenen Stelle auf die Beschäftigten. Das darf nicht sein! Die Dienststelle und das Land vernachlässigen (nicht nur) an dieser Stelle ihre Fürsorgepflicht und Verantwortung als Arbeitgeber. Wir werden uns im Personalrat für eine transparente Finanzverwaltung unter demokratischer Kontrolle stark machen. Darüber hinaus beobachten wir leider seit Jahren eine zunehmende Entdemokratisierung, die Verstärkung autoritärer Führungskultur bei gleichzeitiger Ökonomisierung und Drittmittellorientierung des Hochschulbetriebes. Diesen Tendenzen stellen wir uns als gewerkschaftliche Personalräte entgegen und werben für eine soziale, demokratische und nachhaltige Universität, an der wir alle gerne arbeiten.

Die Goethe-Universität hat sich bis Ende 2025 in den Zielvereinbarungen mit dem Land darauf verpflichtet, knapp 40 zusätzliche unbefristete Stellen zu schaffen. Das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, weshalb wir stolz sind auf die bundesweit einzigartige Regelung zum Ausbau von Dauerstellen an Hochschulen, dem jüngsten Erfolg der GEW im Tarifvertrag Hessen: Die hessischen Hochschulen müssen die Zahl ihrer unbefristeten Tarif-Vollzeitstellen für Wissenschaftle-



Melanie Schreiber



Christina Rahn



Dr. Martina Tschirner



Dr. Daniela Mehler-Würzbach

r:innen deutlich steigern, von 1.459 Ende 2022 auf mindestens 1.850 im Jahr 2023. Nicht in Form der üblichen Absichtserklärungen, sondern verbindlich, abgesichert durch eine einklagbare Vereinbarung. Wir haben uns als Personalrät*innen bereits in den letzten Amtsperioden die Forderung nach guten und verlässlichen Berufsperspektiven an der Goethe-Universität zum Thema gemacht und werden auch zukünftig darauf achten, dass die nun festgelegten Ziele von der Goethe-Universität mindestens erreicht, besser noch: übertroffen werden!

Wir wollen die Universität als attraktiven Arbeitsplatz stärken. Hierzu gehört es, nicht nur neue Fachkräfte zu gewinnen und mehr Ausbildungsplätze zu schaffen, sondern vor allem auch bereits Beschäftigte zu halten. Uns fehlt es an einer systematischen Entwicklung der Beschäftigten mit Aufstiegsmöglichkeiten. Beispielsweise arbeiten viele Frauen auf hal-

ben E6-Stellen in Sekretariaten ohne eine klare Perspektive auf Veränderung. Und das hessische Innenministerium liegt mit seiner Aussage, dass unsere Kolleginnen doch sicher alle einen reichen Ehemann zu Hause haben, aber sowas abseits der Lebensrealität! Das Einkommen einer Stelle muss für ein gutes Leben in Frankfurt reichen.

Die GEW hat im Haustarifvertrag erreicht, dass Berufserfahrung besser anerkannt werden soll. Hier müssen wir auch als Personalräte auf die Einhaltung drängen. Unser Arbeitgeber hat sich auf einen hessenweiten Kodex für gute Arbeit an Hochschulen verpflichtet. Wir haben diesen nicht unterzeichnet, weil wir den Eindruck gewonnen haben, dass dieser Kodex mehr ein Feigenblatt ohne substantielle Finanzierungsgrundlage für die beabsichtigten Maßnahmen sein soll und die Arbeitgeberseite diese Selbstverpflichtung nicht wirklich ernst meint. Wir wollen dennoch an den Themen des Kodex, z. B. Mindestvertragslaufzeiten, dem Ausschluss sachgrundloser Befristungen oder der vorrangigen Beschäftigung eigenen Personals dranbleiben. Wir wenden

uns gegen das Outsourcing von Mitarbeitenden und wollen z. B., dass die Reinigung wieder durch universitätseigenes Personal erfolgt. Wir wollen eine offene, vielfältige und friedliche (Arbeits-)Kultur an der Hochschule etablieren und eine Universität stärken, die sich gegen Diskriminierung, Antisemitismus und Rassismus engagiert.

Maßnahmen wie das vorsorgliche Räumen von universitären Gebäuden aus Sorge vor Studierendenprotesten und grundsätzlich das Räumen studentischen Protests durch Polizeieinsätze lehnen wir ab. Das Demonstrationsrecht ist elementarer Bestandteil unserer Demokratie sowie auch, dass nicht alle Meinungen, Positionen und Handlungen geteilt werden müssen. Wir raten der Hochschulleitung zu einem kühlen Kopf, Kritik- und Dialogfähigkeit und einer entspannteren Haltung gegenüber Studierendenprotesten.

Konflikte und Machtmissbrauch müssen ernster genommen werden; dies beginnt am Arbeitsplatz zwischen Kolleg*innen und Vorgesetzten. Wir wollen einen respektvollen Umgang und die Art und Weise, wie Konflikte an der Hochschule angegangen werden, in einer wirksameren Dienstvereinbarung neu regeln. Dazu gehört aber zuallererst die Bereitschaft der Dienststelle, zum Schutz der Kolleg*innen auch gegen Fehlverhalten von Führungspersonen vorzugehen. Ein guter Arbeitsplatz bedeutet weiterhin arbeitnehmerfreundliche Regelungen im Zuge der Digitalisierung, Beibehaltung und Weiterentwicklung des mobilen Arbeitens und die Einführung von Desk-Sharing auf freiwilliger Basis.

Für den Personalrat kandidieren auf den vorderen Plätzen für die Frauen Melanie Schreiber, Christina Rahn, Dr. Martina Tschirner und Dr. Daniela Mehler-Würzbach. Auf der Männerliste ist Dr. Philipp Ullmann zu finden.



UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE BERUFLICHEN SCHULEN IM GESAMTPERSONALRAT



Sylvia Jasarevic

Christina Kolb

Susanne Hüttig

Frauke Matthes

Enis Gülegen

WIR SETZEN UNS EIN FÜR:

- Die konsequente Interessenvertretung der Kolleginnen und Kollegen bei Abordnungen und Versetzungen
- Die adäquate Umsetzung der Dienstvereinbarungen zu Mobbing, Sucht, elektronische Medien und Teilzeit
- Die Verbesserung der Digitalisierung und den Support durch Fachpersonal
- Mehr Entlastungsstunden für Lehrkräfte und Schulpersonalräte

WIR ORGANISIEREN

SCHULUNGEN UND TREFFEN ZUM AUSTAUSCH SOWIE ZUR BERATUNG DER ÖRTLICHEN BERUFSSCHULPERSONALRÄTE ZUR BEARBEITUNG DIESER PROBLEMFELDER AN DEN SCHULEN.

UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE GESAMTSCHULEN IM GESAMTPERSONALRAT



Dirk Kretschmer

Katja Weber

Heni Zorko

Diane Fehrensén

WIR KÄMPFEN WEITER

FÜR BESSERE BEDINGUNGEN IN DEN BEREICHEN:

- Inklusion
- Entlastung
- Anrechnung der realen Arbeit
- Multiprofessionelles Team
- Sanierung und Neubau
- Arbeits- und Gesundheitsschutz

WIR ORGANISIEREN

REGELMÄßIGE ARBEITSTREFFEN DER ÖRTLICHEN PERSONALRÄTE, UM EIN STARKES UND DURCHSETZUNGSFÄHIGES NETZWERK ZU BILDEN.

Wir stehen den örtlichen Personalräten für eine starke und demokratische Personalvertretung mit Rat und Tat zur Seite.

UNSERE KANDIDAT*INNEN FÜR DIE GYMNASIEN IM GESAMTPERSONALRAT



Claudia Bremer

Daniel Gnida

Christina Avellini

Meike Bär

Joanna Bennet

Dirk Kretschmer

Wibke Rausch

Sam Logan

WIR SETZEN UNS EIN FÜR:

Zeitgemäße Ausstattung der Schulen, sinnvolle Digitalisierung und IT-Kräfte an Schulen, Arbeitsentlastung, kleinere Lerngruppen, endlich adäquate Entlastung für Korrekturen, Prüfungen, Klassenleitung, Mentoren- und Verwaltungstätigkeiten sowie multiprofessionelle Unterstützung.

WIR ORGANISIEREN:

REGELMÄßIGE TREFFEN ZUM AUSTAUSCH UND ZUR BERATUNG DER ÖRTLICHEN PERSONALRÄTE ZUR BEARBEITUNG DIESER PROBLEMFELDER AN DEN SCHULEN.

► Was macht eigentlich die GEW...

monstrationen, Solidaritätserklärungen und Fotos gehörten genauso dazu, wie auch immer wieder die Problematik in den Sitzungen mit der Amtsleitung thematisiert wurde.

A13 für Grundschullehrkräfte, damit alles erreicht? Sicher nicht! Wir wollen, dass die Umsetzung beschleunigt wird. Außerdem gibt es immer noch unterrichtende Lehrkräfte, die schlechter als A13 bezahlt werden. Auch für diese Kolleg*innen wollen wir Verbesserungen erreichen - gemeinsam mit ihnen und solidarisch unterstützt von den Mitgliedern der GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat!

DER AUSSCHUSS FÜR BILDUNG UND SCHULBAU

Er ist ein Organ der Stadtverordnetenversammlung, gehört also nicht zum Bereich des Kultusministeriums, sondern zum Bereich des Schulträgers. Der Ausschuss berät und entscheidet unter anderem über Schulträgerangelegenheiten und -belange aus den Bereichen: Schule, Volkshochschule, Kindertagesstätten, Stadtbüchereien, Grundstücks- und Gebäudebewirtschaftung (ABI). Er setzt sich aus 21 Mitgliedern folgender Parteien zusammen: GRÜNE, CDU, SPD, FDP, LINKE, AfD, Volt, FRAKTION, ÖkoLinX-ELF, BFF-BIG.

Besonders wertvoll ist dieses Gremium, weil es in der Bürger*innenrunde möglich ist, über Missstände an den Schulen oder anderen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu berichten. Aber: Es handelt sich nicht um ein Diskussionsgremium, sondern es werden die Wortmeldungen gehört, weshalb es günstig ist, zu mehreren zu erscheinen. Wortbeiträge müssen zu Beginn der Sitzung zu einem Top der Tagesordnung angemeldet werden.

Die Not ist überall groß! Deshalb geht es in letzter Zeit recht hitzig zu: in der Sitzung im Januar war der Sitzungssaal im Römer gefüllt von Kleinkindern, Tagesmüttern und Eltern, die sich engagiert für eine adäquate Bezahlung in der Tagespflege einsetzten. Weitere Wortbeiträge gab es von verschiedenen Mitgliedern der Schulgemeinde der Johanna-Tesch-Schule, die alle von der untragbaren Situation in Metallcontainern mit Temperaturen bis zu 38 Grad im Sommer berichteten. Eine Kollegin sei sogar kolla-

biert. Die IGS befindet sich an zwei Standorten ohne Aussicht auf einen Endstandort für die ganze Schulgemeinde. Dieses Schicksal, eine Schule ohne Endstandort zu sein, teilt sich die Johanna-Tesch-Schule mit weiteren Schulen in Frankfurt.

Die Bildungsdezernentin beantwortet regelmäßig diese Fragen aus der Bürgerinnenrunde und der Parteien zur aktuellen Lage an einzelnen oder mehreren Schulen und informiert über neue Entwicklungen in diesem Bereich. Sie versucht Lösungen für besonders betroffene Schulen zu finden, Ortstermine zu vereinbaren oder verabredet die Durchführung von Messungen und Untersuchungen, um die Mängel zu beseitigen.

Insgesamt zeigt sich nach Beobachtung der Entwicklungen im Ausschuss für Bildung und Schulbau über viele Jahre, dass an vielen Frankfurter Schulen gesundheitsgefährdende Zustände herrschen, die offensichtlich *das Ergebnis von Versäumnissen der letzten Jahrzehnte sind!* Die stetig steigenden Schüler*innenzahlen machen den Mangel noch deutlicher und führen zu solch bizarren Konstruktionen wie dem Start zweier Frankfurter Gymnasien (Ost und West) in einem völlig überbelegten Bürogebäude (der ehemaligen Börse am Industriehof!).

Wie auch im ASA des Staatlichen Schulamts (dort allerdings als reguläre Mitglieder) sind auch in diesem Ausschuss auf informeller Grundlage Gesamtpersonalratsmitglieder der GEW Fraktion vertreten und berichten regelmäßig in der FLZ über die Hauptthemen, wie zum Beispiel die maroden Schulgebäude (Schimmel, Einsturzgefahr, mangelnde Schallsolierung etc.), den Sanierungsstau der letzten Jahrzehnte, den Mangel an Schulplätzen und Räumlichkeiten bei stetig steigenden Schüler*innenzahlen, die teilweise katastrophalen Arbeitsbedingungen für alle Beteiligten, die Umsetzung der Inklusion in Zeiten von Lehrermangel und in veralteten zu kleinen und heruntergekommenen Gebäuden, die mangelnde Abstimmung zwischen Stadtschulamt und Staatlichem Schulamt, die Suche nach einem neuen Standort für die Europäische Schule, die Gründung von neuen Schulen usw.

Dieses Jahr finden Sitzungen an den folgenden Terminen statt: 22.4.2024, 3.6.2024, 1.7.2024, 9.9.2024 4.11.2024, 2.12.2024.

Impressum

FLZ vorm. Frankfurter Lehrerzeitung
Herausgeber: Bezirksverband Frankfurt a. M. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Bleichstr. 38a, 60313 Frankfurt, Tel.: 069-291818, Fax: 069-291819, E-mail: info@gew-frankfurt.de

Vorsitzendenteam: Sebastian Guttman, Laura Preusser
FLZ-Team: Jessica Peters, Herbert Storn
Satz & Layout: Karin Dienst
Druck: ORD – Oberhessische Rollen-Druck GmbH, Auflage 6000

LISTE DER FÜR DIE GESAMTPERSONALRATSWAHL AM 14. UND 15. MAI 2024

Beamtinnen:

1. Meike Bär [Gymnasium]
2. Laura Preusker [Grundschule]
3. Sabine Friedrich [Sonderpädagogik]
4. Frauke Matthes [Berufliche Schulen]
5. Katja Weber [Gesamtschule]
6. Lea Brückner [Grundschule]
7. Anna-Christine Avellini [Gymnasium]
8. Christina Kolb [Berufliche Schulen]
9. Diane Fehrensén [Haupt- und Realschule]
10. Dominique Akoury [Grundschule]
11. Claudia Bremer [Gymnasium]
12. Sercin Tas-Taskiran [Grundschule]
13. Sylvia Jasarevic [Berufliche Schulen]
14. Wibke Rausch [Gymnasium]
15. Judith Ruppe [Haupt- und Realschule]
16. Nancy Heptner [Sonderpädagogik]
17. Heike Groß [Grundschule]
18. Christine Nagel [Berufliche Schule]
19. Imke Wetzels [Gesamtschule]
20. Saskia Neuweger [Grundschule]
21. Camilla Hiller [Sonderpädagogik]
22. Joanna Bennet [Gymnasium]
23. Nicole Dietrich [Berufliche Schule]
24. Kathrin Kern [Grundschule]
25. Mirjam Wieland [Gymnasium]
26. Martina Schneider [Sonderpädagogik]

Beamte:

1. Sebastian Guttman [Sonderpädagogik]
2. Dirk Kretschmer [Gymnasium]
3. Henrich Zorko [Sonderpädagogik]
4. Daniel Gnida [Gymnasium]
5. Sam Logan [Gymnasium]
6. Till Beutler [Sonderpädagogik]
7. Sven Hennemann [Berufliche Schulen]
8. Kai Schwarz [Gesamtschule]
9. Christian Höft [Sonderpädagogik]
10. Julien Halbow [Gymnasium]
11. Sebastian Fleck [Sonderpädagogik]
12. Tobias Hering [Gesamtschule]

Angestellte (weiblich):

1. Susanne Hüttig [Berufliche Schulen]
2. Andrea Peters [Sonderpädagogik]
3. Deborah Kohlsdorfer [Sonderpädagogik]
4. Zahreen Mahmood [Grundschule - UBUS]

Angestellte (männlich):

1. Enis Gülegen [Berufliche Schulen]
2. Klaus Schiller [Haupt- und Realschule]
3. Felix Pressel [Grundschule]
4. Luis Aguiar de Franca [Berufliche Schule]

ZEIT FÜR STARKE
PERSONALRÄTE



AKTIV • KONSEQUENT • DEMOKRATISCH

GEW

GESAMTPERSONALRATSWAHLEN AM 14./15. MAI 2024

ARBEITSBELASTUNG
MIT GEW-PERSONALRÄTEN
DURCHBRECHEN!



ZEIT FÜR STARKE
PERSONALRÄTE
- GEW WÄHLEN!



AKTIV • KONSEQUENT • DEMOKRATISCH

GEW